

Selbstpositionierung als Wissenspolitik: Standpunkte in Diskursen um Sexarbeit und ihre staatliche Regulierung

Reiner Keller, Marlen S. Löffler, Lina Brink

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Keller, Reiner, Marlen S. Löffler, and Lina Brink. 2023. "Selbstpositionierung als Wissenspolitik: Standpunkte in Diskursen um Sexarbeit und ihre staatliche Regulierung." *Soziale Probleme* 34 (2): 326–47. <https://doi.org/10.3262/SP2302326>.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



Selbstpositionierung als Wissenspolitik

Standpunkte in Diskursen um Sexarbeit und ihre staatliche Regulierung

Lina Brink, Marlen S. Löffler & Reiner Keller¹

Zusammenfassung Der Beitrag widmet sich der Verhandlung gesellschaftlichen Wissens zum Phänomen Sexarbeit und der Regulierung von Prostitution, welches immer wieder als besonders umkämpft erscheint. In den Blick genommen werden dabei die an den Diskussionen und Regulierungsprozessen beteiligten (oder auch davon betroffenen) Akteur*innen. Es wird danach gefragt, wie diese sich im Feld der Verhandlung von Sexarbeit und ‚guter‘ Regulierung von Prostitution positionieren, um von ihrem spezifischen Standpunkt aus in bestehende Wissensverhältnisse zu intervenieren, diese herauszufordern, zu festigen oder zu verschieben. Ansatzpunkt der Analyse sind 46 Interviews mit Akteur*innen, die in unterschiedlichen Formen und aus unterschiedlichen Positionen heraus an der Regulierung von Prostitution und/oder damit verbundenen Aushandlungen beteiligt waren und sind.

Die auf Basis des Programms der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA) durchgeführte Untersuchung verdeutlicht, dass nicht nur solche Akteur*innen, die sich selbst als politisch positionieren, in bestehende Wissensverhältnisse zu Sexarbeit und der Regulierung von Prostitution intervenieren. Gerade Selbstpositionierungen als unpolitisch und ‚neutral‘ werden als durchaus relevante Standpunkte der Einbringung, Legitimation und Durchsetzung spezifischer Deutungen zum Phänomen Sexarbeit aufgezeigt. Die vorgenommenen Selbstpositionierungen sind dabei nicht kongruent mit der Ebene der politischen Bearbeitung des Phänomens (Bund, Land, Kommune) oder der konkreten institutionell-organisatorischen Funktion, die Akteur*innen ausüben. Es finden sich ebenso Akteur*innen aus der Bundespolitik, die eine entpolitisierte Selbstpositionierung einnehmen, wie lokale Akteur*innen, die sich als politisch positionieren. Offenbar werden darüber hinaus eine übergreifende Problematisierung der in den Interviews herausgestellten Polarisierung von Debatten um Sexarbeit durch die befragten Akteur*innen und damit verbundene, unterschiedliche Strategien des Umgangs mit dieser.

Schlüsselwörter Sexarbeit, Prostitution, Wissenssoziologie, Diskursanalyse, Selbstpositionierungen

Self-positioning as knowledge politics

Standpoints in discourses on sex work and its state regulation

Abstract This article is dedicated to the negotiation of social knowledge about the phenomenon of sex work and the regulation of prostitution, which repeatedly appears to be particularly contested. The focus is on the actors involved in (or affected by) the discussions and regulatory processes. It asks how they position themselves in the field of negotiating sex work and ‘good’ regulation of prostitution in order to intervene in, chal-

1 Der Beitrag entstand im Rahmen des an der Universität Augsburg angesiedelten DFG-Forschungsprojektes „Wissenspolitiken in der gegenwärtigen Regulierung von Prostitution in Deutschland“ (KE 1608/12-1; Projektleitung: Reiner Keller; Laufzeit von 08/2018 bis 09/2022) unter Mitarbeit von Dr. Christine Preiser.

lenge, consolidate or shift existing knowledge relations from their specific standpoint. The starting point of the analysis are 46 interviews with actors who were and are involved in different ways and from different positions in the regulation of prostitution and/or related negotiations.

The analysis based on the Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD) shows that not only those actors who position themselves as political intervene in existing knowledge relations about sex work and the regulation of prostitution. It is precisely the self-positioning as apolitical and 'neutral' that is shown to be relevant for the introduction, legitimisation and implementation of specific interpretations of the phenomenon of sex work. The self-positionings are not congruent with the level of the political treatment of the phenomenon (state, federal, municipal) or the concrete institutional-organisational function that the actors exercise. There are also actors from federal politics who adopt a depoliticised self-positioning as well as local actors who position themselves as political. What becomes also evident is an overarching problematisation of the polarisation of debates about sex work by the actors interviewed and the different strategies applied for dealing with it.

Keywords sex work, prostitution, sociology of knowledge, discourse analysis, self-positionings

1 Einleitung

Thematisierungen von Sexarbeit² nehmen sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in öffentlichen Diskussionen gegenwärtig ganz unterschiedliche Formen an. Diese reichen von Deutungen, die übergreifend prekäre Arbeitsverhältnisse thematisieren (Mac/Smith 2018), über die Problematisierung einer mangelnden Berücksichtigung von Autonomie in vielen aktuellen Formen der Regulierung von Prostitution bis hin zur Betonung einer Notwendigkeit des Schutzes vor (geschlechtsspezifischer) Ausbeutung (Hill/Bibbert 2019) oder gar der (Erneuerung der) Herstellung einer fragwürdigen Verbindung von Sexarbeit und Gesundheitsrisiken im Kontext der Corona-Pandemie (Gilles/Hofstetter 2020).

Die Polyphonie dieser Problemdeutungen illustriert, warum gesellschaftliches Wissen zum Phänomen Sexarbeit immer wieder als besonders umkämpft erscheint. So wird der Thematik angesichts von weit auseinanderfallenden Schätzwerten, Dunkelziffern und Intransparenzen ein weitgehend ungenaues ‚Faktenwissen‘, eine ausgeprägte Dichotomie von Pro- und Contra-Positionen jenseits etablierter Parteilinien und erwartbarer gesellschaftlicher Koalitionslagen sowie eine hohe Präsenz von Moral zugeschrieben (u. a. Keller 2016; Grohs 2020). In diesem Beitrag rückt in den Fokus, wie Akteur*innen im Feld der Verhandlung und Umsetzung einer ‚guten‘ Regulierung von Prostitution in Deutschland dieser Umkämpftheit begegnen, wie sie ihre eigene Positionierung im Debattenfeld vornehmen und ausgestalten. Dementsprechend lautet die primäre Fragestellung, welche Formen wissenspolitische Selbstpositionierungen im Kontext der Definitionsarbeit zentraler Akteur*innen in Bezug auf Sexarbeit und die

2 Der Begriff Sexarbeit geht auf die Aktivistin Carol Leigh zurück, die ihn 1978 prägte (Leigh 1997).

„gute“ Regulierung von Prostitution annehmen. Grundlage der Analyse sind 46 von uns erhobene Interviews mit Akteur*innen, die in unterschiedlichen Formen und aus unterschiedlichen Positionen heraus an der Regulierung von Prostitution und/oder damit verbundenen Aushandlungen beteiligt waren und sind.

Unter Sexarbeit verstehen wir mit Bezug auch auf sehr frühe Definitionen (Davis 1937) den warenförmigen Tausch sexueller Dienstleistungen gegen Geld oder andere Versorgungsgüter, der zwischen volljährigen Personen stattfindet (Küppers 2018). Uns erscheint aufgrund der starken Bedeutungsunterschiede der Begriffe Sexarbeit(er*in) und Prostitution (bzw. Prostituierte*r) eine synonyme Begriffsverwendung, wie andere sie praktizieren (bspw. Grenz/Lücke 2006; Vorheyer 2010), schwierig (Löffler/Preiser/Keller 2021).³ Wir verwenden daher im Folgenden die Begriffe Sexarbeit und Sexarbeiter*in. Zugleich nutzen wir, geht es um die in dieser Arbeit zentralen Diskussionen um deren staatliche Regulierung, den juristischen Begriff Prostitution. Damit beziehen wir uns auf Debatten um staatliche Eingriffe in den Bereich der Sexarbeit sowie auf Mechanismen und Praktiken des in Deutschland derzeit vorherrschenden disziplinarischen Kontrollregimes und seine polizei- und ordnungsrechtlichen Vorgaben (Mauer 2020: 5). Sprechen wir von „guter“ Regulierung von Prostitution, dann nehmen wir keine eigene Bewertung vor, sondern fassen damit die sehr unterschiedlichen Verständnisweisen des Feldes davon, was – entsprechend der je verschiedenen Deutungen von Sexarbeit – als sinnvolle, zielgerichtete und legitime staatliche Regulierungsweisen verstanden wird.

2002 wurde in Deutschland mit dem Prostitutionsgesetz (ProstG) der Status von Sexarbeit als „sittenwidrig“ beendet. Sie gilt damit als reguläre Erwerbsarbeit, die sowohl angestellt als auch selbständig ausgeübt werden kann. Unter anderem die Ergebnisse einer 2007 vorgenommenen Evaluation des ProstG durch das Bundesfamilienministerium verwiesen auf eine Verfehlung der Ziele des Gesetzes – insbesondere in Bezug auf eine Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse – und führten im Jahr 2008 zur Forderung einer Gesetzesanpassung (BMFSJ 2009). Mit dem Koalitionsvertrag von 2013 einigten sich die damaligen Regierungsparteien CDU/CSU und SPD u. a. auf eine Überarbeitung des ProstG. Kurz vor Ende der Legislaturperiode wurde schließlich im Juni 2017 das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) verabschiedet, das mit 39 Paragraphen deutlich umfangreicher ist als das ProstG und letzteres ergänzt. Im Vergleich zum ProstG sieht das ProstSchG eine ganze Reihe an Bestimmungen für Sexarbeiter*innen und Betreiber*innen von Prostitutionsstätten vor. So sind u. a. Sexarbeiter*innen dazu verpflichtet, ihre Tätigkeit nach einem obligatorischen Informationsgespräch und einer erforderlichen gesundheitlichen Beratung bei einer Ordnungsbehörde anzumelden und die Anmeldebescheinigung stets mit sich zu

3 Die Passivkonstruktion ‚Prostituierte*r‘ spricht der so bezeichneten Person die Handlungsmacht ab. Grenz (2006) zufolge ergibt sich dadurch eine Fokussierung auf die Gewalt innerhalb der Prostitution und die Betonung einer Viktimisierung (fast) ausschließlich von cis-Frauen. Der Begriff ‚Sexarbeiter*in‘ hingegen verweist auf Prostitution als eine Erwerbsarbeit, die mit einer rationalen Entscheidung einhergeht (ebd.). Die Begriffswahl ist somit durchaus als Positionierung hinsichtlich des Gegenstandes zu verstehen.

führen. Viele Expert*innen bezweifeln – unabhängig davon, wie sie sich zu Sexarbeit und der Regulierung von Prostitution positionieren –, dass das ProstSchG sein proklamiertes Ziel erreicht, Sexarbeiter*innen vor einem ausbeuterischen Arbeitsverhältnis, Menschenhandel und Gewalt zu schützen sowie für sichere und bessere Arbeitsbedingungen und Selbstbestimmung zu sorgen (Deutscher Bundestag 2016; zur Entwicklung der Regulierung von Prostitution in Deutschland auch Steffan 2020).

In der gegenwärtigen Forschung zu Sexarbeit stehen sowohl mit dem Phänomen zusammenhängende Deutungskämpfe als auch daraus abgeleitete Formen der Regulierung von Prostitution im Fokus. Für Deutschland etwa untersuchen Hill und Bibbert (2019)⁴ Deutungskonflikte im Kontext der Einführung des ProstSchG und unterscheiden dabei zwei inhaltliche Ausprägungen: Auf der einen Seite den „Schutzdiskurs“, der Zwang und Gewalt als zentrale Elemente von Sexarbeit versteht und die Notwendigkeit des staatlichen Schutzes der als ‚Opfer‘ wahrgenommenen Sexarbeitenden in den Vordergrund stellt, und auf der anderen Seite den „Autonomiediskurs“, der auf die Heterogenität und das Selbstbestimmungsrecht von Sexarbeitenden verweist und die Stigmatisierung von Sexarbeit als zentrales Problem benennt. Dolinsek (2019) hingegen blickt aus historischer Perspektive auf gegenwärtige Deutungen in Verhandlungen der Regulierung von Prostitution und zeigt deren historische Verwobenheit auf. Weitere Arbeiten fokussieren insbesondere die Herstellung von Sexarbeit als ‚das Andere‘ und untersuchen Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in gegenwärtigen Debatten (Grenz 2007; Löw/Ruhne 2011; Kontos 2014) sowie deren intersektionale Verwobenheit mit *race*, Migration und Nation (insbesondere Küppers 2018; Mauer 2020; Fixemer/Hucke 2022). In aktuellen Studien stehen dabei teilweise auch spezifische Akteur*innen und/oder Diskursstränge im Fokus. Die Relevanz national organisierter Bewegungen von Sexarbeiter*innen zeigen etwa Heying (2019) und Hofstetter (2022). Auch Argumentationen rund um Forderungen nach einer Kriminalisierung des Erwerbs sexueller Dienstleistungen werden in verschiedenen Arbeiten fokussiert (u. a. Ward/Wylie 2017; Sauer 2019; Langford/Skilbrei 2021).⁵

Im vorliegenden Beitrag richten wir den Blick jedoch übergreifend – und damit unabhängig von dem vorherrschenden Verständnis von Sexarbeit – auf die an den Diskussionen und Regulierungsprozessen beteiligten (oder auch davon betroffenen) Akteur*innen und fragen danach, wie diese sich im Feld der Verhandlung von Sexarbeit und ‚guter‘ Regulierung von Prostitution positionieren, um von ihrem spezifischen Standpunkt aus in bestehende Wissensverhältnisse zu intervenieren, diese herauszufordern, zu festigen oder zu verschieben. Dabei werden sowohl national, als auch auf Länderebene und lokal agierende Akteur*innen berücksichtigt.⁶

4 Gegenstand der Untersuchung sind u. a. Medienberichte, Anhörungen, Stellungnahmen, parlamentarische Debatten und Gesetzestexte im Kontext der Verhandlungen zum ProstSchG.

5 Einen umfassenden Überblick zum aktuellen Stand der Diskussion geben Sanders/O'Neill/Pitcher (2018).

6 Vergleichende Policy-Analysen gehen auf national spezifische Ansätze der Regulierung von Prostitution und mit diesen verwobene spezifische Konstitutionen von Sexarbeit als soziales Problem ein (Wagenaar/Altink/Amesberger 2017; Jahnsen/Wagenaar 2019). Bisherige Arbeiten richten ihren Fokus zudem auf

Im Folgenden wird zunächst auf theoretische Anknüpfungspunkte näher eingegangen (2), bevor ausgehend von methodologischen Vorüberlegungen (3) die drei identifizierten wissenspolitischen Selbstpositionierungen vorgestellt werden (4).

2 Theoretische Vorbemerkungen

Grundlage für den Beitrag ist eine wissenssoziologische Perspektive auf soziale Probleme (u. a. Keller 2011b, 2018: 74 ff.; Keller/Poferl 2020). Die Bedeutung kollektiver Wissensbestände für die gesellschaftliche Wahrnehmung sozialer Probleme rückt damit in den Fokus der Analyse (Schetsche 2014: 44). Die Verhandlung solcher Wissensbestände, die als stets umkämpft gelten können, endet dabei nicht mit der institutionellen Bearbeitung eines Problems. Vielmehr werden Problematisierungen auch weiterhin laufend innerhalb der alltäglichen Bearbeitung des Problems neu geschaffen. Gesprochen wird in diesem Kontext von „social problems work“ (Miller/Holstein 1993) oder von „doing social problems“ (Groenemeyer 2010). Die Herstellung von spezifischem Wissen zu einem Phänomen erfolgt nicht beliebig. Mit der Einbettung der Untersuchung in den Rahmen der Wissenssoziologischen Diskursanalyse (WDA, u. a. Keller 2011b) und das damit verbundene Aufgreifen des Diskursbegriffes wird darauf verwiesen, dass die Erzeugung von Bedeutung sich in einem Rahmen von Regelmäßigkeiten und Grenzen des Sagbaren bewegt. Damit rücken nicht nur Inhalte von Problematisierungen, sondern gerade übergreifende Muster der Herstellung von (Problem-)Wissen in den Vordergrund. Sie werden hier als Wissenspolitiken gefasst, „um die Rolle der Prozesse und Akteure mit ihren Interessen und Strategien zu erfassen, die dieses Gefüge [bestehende Wissensordnungen] durchlaufen, stabilisieren oder verändern“ (Keller 2011b: 16). Während mit einer analytischen Fokussierung auf inhaltliche Ausprägungen der Problematisierung von Sexarbeit meist eine dichotome Struktur, etwa ein „Autonomiediskurs“ auf der einen und ein „Schutzdiskurs“ auf der anderen Seite, aufgezeigt wird (Hill/Bibbert 2019; Sauer 2019), verdeutlicht eine solche Fokussierung auf Wissenspolitiken auch übergreifende Muster der Herstellung von Wissen um Sexarbeit.

Im Rahmen der WDA werden Diskurse mit Bezug auf Foucault als durch instruierte Sprecher*innen vollzogene bzw. zu vollziehende Praktiken verstanden. Daraus wird die Notwendigkeit eines differenzierten Konzepts von Akteur*innen abgeleitet, um den „menschlichen Faktor“ (Keller 2012) der Deutungs(re)produktion zu fassen. Akteur*innen werden stets als soziale Akteur*innen begriffen, die durch vielfache „Formierungsprozesse“ konstituiert werden und etablierte Regeln und Formen der Deutungsproduktion (= Diskurse) aufgreifen oder auf diese reagieren. Diskursive Sprechpositionen begreift die WDA in diesem Zusammenhang als „Positionen in institutionellen bzw. organisatorischen diskursiven Settings und daran geknüpften Rollenkomplexe“ (Keller 2011b: 215). Soziale Akteur*innen, die als Sprecher*innen in Diskursen fungieren, über-

Praktiken der (lokalen) Regulierung und damit verbundene spezifische Deutungen des Phänomens Sexarbeit (Vorheyer 2010; Künkel 2020). Das war in Teilen auch Gegenstand unseres Forschungsprojekts.

nehmen in bestimmten Situationen für gewisse Zeit angebotene Positionierungen und interpretieren sie dabei mehr oder weniger eigenwillig (Keller 2012: 93).⁷ Die spezifische Ausformung dieser Interpretation fassen wir als Selbstpositionierung. Mittels der Analyse der Selbstpositionierungen wird der Umgang von Akteur*innen mit der von ihnen eingenommenen Sprecher*innenrolle, die Ausgestaltung dieser und die Positionierung zwischen Annahme, Distanzierung oder auch Umgestaltung aufgezeigt. Letztlich kann der kreative Umgang mit Sprechpositionen auch zur Verschiebung der mit ihnen einhergehenden Regelkomplexe führen.

Vor dem Hintergrund eines an Foucault orientierten Diskursbegriffes und seiner Analytik von Macht-Wissen-Regimen werden die vorgenommenen Selbstpositionierungen als bedeutsamer Teil von Wissenspolitik verstanden. Dies bezieht sich auf ein weites Verständnis des Politischen, wie es u. a. Chantal Mouffe als „einen Ort von Macht, Konflikt und Antagonismus“ (Mouffe 2007: 16), der potenziell alle Ebenen des Sozialen umfasst und als konstitutives Element menschlicher Gesellschaften verstanden werden kann, formuliert.⁸ Damit wird der konventionelle Politikbegriff, der sich vor allem auf institutionalisierte Formen der Aushandlung gesellschaftlicher Konfliktbereiche bezieht (ebd.: 15) und der auch für Aushandlungen im Feld der Prostitutionspolitik für die Akteur*innen einen wichtigen Bezugspunkt darstellt, deutlich erweitert.⁹

3 Methodisches Vorgehen

Der vorliegende Beitrag diskutiert Teilergebnisse des von der DFG in den Jahren 2018 bis 2022 an der Universität Augsburg geförderten Projekts „Wissenspolitiken in der gegenwärtigen Regulierung von Prostitution in Deutschland“. Seine Grundlage bilden 46 Interviews, die wir zwischen 2019 und 2021 mit Akteur*innen geführt haben, die in ganz unterschiedlicher Form an Aushandlungen um die Wirklichkeit der Sexarbeit in Deutschland und eine ‚gute‘ Regulierung von Prostitution und deren Umsetzung beteiligt waren und sind (vgl. Abb. 1). Hierzu gehören zunächst Akteur*innen, die in die institutionalisierten Debatten um das ProstSchG auf *Bundesebene* involviert wa-

-
- 7 Betont werden muss in diesem Zusammenhang, dass Selbstpositionierungen hier nicht als strategisch im Sinne von bewusst und intentional, sondern vielmehr als meist unbewusste, eher implizite denn explizite Verhandlungen diskursiver Regelbestände verstanden werden. Der in der WDA im Rahmen des Konzeptes der Phänomenstruktur verankerte Begriff verweist zugleich darauf, dass es unweigerlich um eine relationale Analyse und um Relationierungen geht: Schon die Rede von Selbstpositionierung impliziert unweigerlich die Positionierung von Anderen (Fremdpositionierung), sei es implizit oder explizit. Unterschieden werden kann dabei der allgemeine Modus oder das typisierbare Ethos (Dominique Mainguenau) der Selbstpositionierung (der uns hier primär interessiert) von der spezifischen Verbindung, die er/es mit unterschiedlichen Inhalten eingeht.
 - 8 Ähnlich auch Ulrich Becks Konzept der „gesellschaftlichen Definitionsmachtverhältnisse“, die er als durchsetzt von wissensbezogenen „Subpolitiken“ sieht.
 - 9 „Wissenspolitik“ qualifiziert anders als bspw. bei Nico Stehr nicht (nur) eine spezifische wissenschaftsbezogene Förderpolitik, sondern jede Aktivität, welche „Wirklichkeitsattribute“ hervorbringt, in Frage stellt oder auch transformiert – nicht nur in wissenschaftlichen Feldern.

Abb. 1 Übersicht geführter Interviews (Quelle: eigene Darstellung)

Beteiligungsebene	Gruppe	Kennzeichnung	Anzahl Interviews
Bund	Aktivist*innen	BA	2
	Betreibende	BB	2
	Kund*innen	BK	3
	Politiker*innen/Behörden	BP	7
	Sexarbeitende	BS	4
Land	Vertreter*innen Institutionen	L	8
Kommunen	Beratungsstellen	KB	6
	Gesundheitsämter	KG	3
	Ordnungsämter	KO	4
	Polizei	KP	6
	Zoll	KZ	1
Gesamt			46

ren. Ergänzt wurde diese Gruppe um Personen, die sich in einem weiteren Sinn in unterschiedlichen Foren und Formen politisch an Aushandlungen um Sexarbeit und die ‚gute‘ Regulierung von Prostitution beteiligen, darunter Aktivist*innen, Sexarbeitende, Betreibende und Kund*innen¹⁰ (insgesamt 18 Interviews). Befragt wurden zudem Personen, die an der behördlichen Umsetzung des ProstSchG auf *Landes-* (z. B. zuständige Ministerien, insgesamt 7 Interviews) oder *kommunaler Ebene* (z. B. Gesundheits- und Ordnungsämter, Polizei, Fachberatungsstellen, insgesamt 23 Interviews) beteiligt waren und sind. Diese wurden in verschiedenen, nach spezifischen Kriterien (Größe, Lage, besondere Erfahrungslagen u. a. mehr) ausgewählten Bundesländern und Kommunen befragt,¹¹ um eine möglichst große Varianz der Kontexte zu erreichen.

Umgesetzt wurden die Befragungen der Akteur*innen als problemzentrierte Interviews (Witzel 2000). Die Befragten wurden als Expert*innen für ihren Handlungsbereich adressiert und als zentraler Gegenstand des Interviews die Regulierung von Prostitution durch das ProstSchG und damit verbundene Debatten benannt. Die Gestaltung als problemzentrierte Interviews zeichnete sich insbesondere dadurch aus, dass nach einem einheitlichen Einstieg (Wie kam es dazu, dass das Thema Prostitution und deren politische Regulierung Sie beschäftigt?) Nachfragen individuell im Sinne ei-

10 Diese wurden aufgrund ihres öffentlichen Auftretens zum Thema Prostitutionspolitik angefragt.

11 Bayern (Augsburg), Baden-Württemberg (Reutlingen und Freiburg), Nordrhein-Westfalen (Dortmund), Saarland (Saarbrücken), Sachsen (Dresden), Schleswig-Holstein (Kreis Steinburg).

ner „erzählungsgenerierenden Kommunikationsstrategie“ (ebd.: 5) eingesetzt wurden. Ein Leitfaden bot dabei Anregungen für Nachfragen, etwa zu Einschätzungen der Debatten im Vorfeld des ProstSchG und deren Fortführungen, beispielsweise mit Bezug auf das sog. „Schwedische Modell“ sowie Beurteilungen der bisherigen Ergebnisse der Einführung des ProstSchG. Ziel der Interviews war es, die Expert*innen-Einschätzungen der Befragten bezüglich des Phänomens Sexarbeit und dessen Regulierung umfassend zu erheben.

Die Auswertung der Interviews baute auf zentrale Methoden und Werkzeuge der WDA auf (Keller 2011a, 2011b). So wurden zunächst einzelne Interviews entlang einer maximalen und minimalen Kontrastierung für die Feinanalyse ausgewählt und dann sequenzanalytisch untersucht und kodiert. Im Fokus des vorliegenden Beitrags stehen die Ergebnisse, die sich hinsichtlich der Kategorie *Selbstpositionierungen* aus der Analyse ergaben.

Im Folgenden zeigen wir anhand von Beispielen auf, inwiefern Wissenspolitiken und insbesondere wissenspolitische Selbstpositionierungen in den geführten Interviews zum Tragen kommen. Ausgewählt wurden dabei, sofern möglich, sowohl Beispiele von Akteur*innen, die nach der gängigen, weiter oben bereits erläuterten dichotomen Einordnung eher dem Autonomiediskurs zuzuordnen sind, als auch solche, die eher im Schutzdiskurs lokalisiert werden. Auffällig in der Analyse ist jedoch, dass zentrale Argumentationen, Narrationen und Deutungsmuster beider Diskurse von den Akteur*innen miteinander verwoben werden und somit situationsspezifisch auf Elemente beider Diskurse zurückgegriffen wird.

4 Wissenspolitische Selbstpositionierungen

Für die Herausarbeitung unterschiedlicher wissenspolitischer Selbstpositionierungen konnten in den Interviews drei Dimensionen als zentral identifiziert werden (vgl. Abb. 2). Erstens ist dies die *Positionierung zu den Institutionen*, die an Aushandlungen um die ‚Wirklichkeit‘ von Sexarbeit und ‚guter‘ Regulierung von Prostitution beteiligt sind: Inwiefern verorten Akteur*innen sich innerhalb oder außerhalb solcher Institutionen? Die zweite Dimension betrifft *Einordnungen zur Relevanz von Wissen* als ‚politisch bedeutsam‘ oder als vor-, nicht- bzw. ‚unpolitisch‘. Das eigene Wissen um Sexarbeit und ‚gute‘ Regulierung von Prostitution wird dabei – so ein übergreifendes Ergebnis – meist mit persönlichen, lokal verorteten Erfahrungen und Kenntnissen aus praktischem Handeln legitimiert. Drittens stellt die *Verortung des eigenen Handelns* durch die Akteur*innen eine relevante Dimension der Selbstpositionierung dar. Im Vordergrund steht hier die Ausführung zu den Motiven, Zielen und auch bedeutsamen Formen des eigenen Handelns. Zentral unterscheiden wir entlang dieser Dimensionen drei wissenspolitische Selbstpositionierungen, die Akteur*innen in diskursiven Aushandlungen um Sexarbeit und deren Regulierung einnehmen: Die *Wissenspolitik der Politisierung* und die *Wissenspolitik der Entpolitisierung*, die sich auf eine Sprechposition als politische*r Akteur*in im Sinne eines konventionellen Politikbegriffes beziehen oder von dieser ab-

Abb. 2 Überblick zu zentralen Dimensionen der dargestellten Wissenspolitiken
(Quelle: eigene Darstellung)

Positionierung Dimension	Politisierung	Entpolitisierung	Politik des Abseits
Positionierung zu Institution(en)	Innerhalb institutioneller Rolle	Zwischen institutioneller Rolle und ‚persönlicher‘ Meinung	Individuell, Abgrenzung von Institutionen
Einordnung zur Relevanz von Wissen	Darstellung eigenes Erfahrungswissen als politisch relevant	Darstellung eigenes Erfahrungswissen als ‚neutral‘	Institutionell nicht repräsentiertes Erfahrungswissen als zentral
Verortung des eigenen Handelns	Politisches Handeln in Institution/Öffentlichkeit als Ergebnis von Erfahrungswissen	Neutrales Verwaltungshandeln/Ausführung	Politisches Handeln außerhalb von Institutionen (z. B. in digitalen Räumen)

grenzen; sowie die *Wissenspolitik des Abseits*, bei der Akteur*innen aus einem erweiterten Feld politischer Aushandlungen heraus für sich selbst eine Sprechposition als politische*r Akteur*in beanspruchen.

Die in Abb. 2 zusammengefassten Selbstpositionierungen ebenso wie ihre zentralen Dimensionen werden im Folgenden näher erläutert. Sie sind ein Ergebnis der diskursanalytischen Rekonstruktion und Abstraktion typischer, in den Interviews eingenommener Haltungen. Im Laufe einzelner Interviews nehmen Akteur*innen also ggf. auch unterschiedliche Positionierungen ein, verweben Dimensionen miteinander und/oder gehen auf andere Dimensionen nicht ein.

4.1 Wissenspolitik der Politisierung

Die Wissenspolitik der Politisierung beschreibt zunächst die Selbstpositionierung von Akteur*innen als sich aktiv an (institutionalisierten) politischen Aushandlungen um die Wirklichkeit der Sexarbeit und die ‚gute‘ Regulierung von Prostitution beteiligend. Gleichzeitig verweist der Begriff der Politisierung darauf, dass das politische Engagement im Rahmen dieser Wissenspolitik von den Akteur*innen als Ergebnis eines Prozesses gekennzeichnet wird, in dem sich aus lokalem Erfahrungswissen notwendigerweise ein politisches Handeln in einem spezifischen institutionellen Rahmen ergab. Es zeigen sich in den Interviews (unabhängig von der inhaltlichen Ausrichtung) Muster der politisierten Selbstpositionierung, die zugleich verschiedene Strategien der Legitimation von Deutungen mit sich bringen. Im Folgenden stellen wir die zentralen Ausprägungen dieser Positionierung in Bezug auf die in Abb. 2 zusammengefassten Dimensionen genauer vor.

4.1.1 Positionierung zu Institution(en)

Selbstpositionierungen werden im Rahmen der Wissenspolitik der Politisierung im professionellen Kontext, innerhalb der Institutionen, in denen die Akteur*innen tätig sind, vorgenommen. Für die Selbstpositionierung relevant erscheint hier also vor allem die eigene Positionierung innerhalb einer spezifisch konstituierten Institution bzw. Organisation,¹² wobei in den Interviews keine Distanzierungen von dieser professionell-institutionellen Positionierung auftreten (wie etwa im Rahmen der Wissenspolitik der Entpolitisierung durch das Einbringen der ‚persönlichen Meinung‘, s. u.). Die Konstitution der Institution und die Selbstpositionierung der Befragten gehen fließend ineinander über. Dies zeigt sich beispielsweise bei Mitarbeitenden von Fachberatungsstellen oder bei Berufspolitiker*innen. Dass das institutionelle Selbstverständnis maßgeblich für die Annahme einer Sprechposition als politische*r Akteur*in ist, wird besonders bei Mitarbeitenden von Behörden deutlich, die für die Umsetzung des ProstSchG zuständig sind:

„Also für mich jetzt so grob gerechnet seit 2015 etwa, sind wir da auch stark mit drin. Also wir haben von dieser bundesweiten Diskussion gehört und haben uns dort auch schon engagiert und auch als Gesundheitsamt A-Stadt deutlich auch dagegen gewandt. Also das muss man auch dazu sagen, es war auch so, dass unser Amtsleiter dort an der Stelle auch von Anfang an ... Er hatte einmal so einen Vortrag von einer Juristin gehört und hat dort gesagt, es geht eigentlich so alles gar nicht und hat dort ... Da waren wir als Gesundheitsamt ziemlich klar positioniert von Beginn an.“ (KG3: 24 ff.)¹³

Legitimiert wird die Selbstpositionierung als an politischen Debatten Beteiligte*r über die politische Involviertheit der gesamten Behörde („wir“) und insbesondere des Amtsleiters. Ist eine solche institutionelle Legitimation verfügbar, so ist auch bei Mitarbeitenden kommunaler Behörden eine Wissenspolitik der Politisierung identifizierbar (vgl. auch L1).

Die institutionelle Verortung der Akteur*innen wird als zentraler Ausgangspunkt des politischen Engagements dargestellt, wodurch verschiedene wissenspolitische Aktivitäten relevant werden. So verweisen etwa Berufspolitiker*innen auf die Bedeutung parlamentarischer Arbeitskreise (BP4) oder parteiinterner Debatten (BP6) und Fachberatungen, auf die Aufbereitung von Informationen für (lokale) politische Institutionen (KB1) oder Informationsveranstaltungen an Hochschulen (KB5). Inhaltliche Deutungen, die als politisch relevant verstanden werden, werden damit nicht als individuelle Meinungen dargelegt, sondern über die Einbettung in eine Institution legitimiert.

¹² Wir verwenden die Begriffe Institution und Organisation hier weitgehend synonym.

¹³ Die Kennzeichnung der Interviews wird hier entsprechend der oben vorgestellten Tabelle (Abb. 1) vorgenommen. Bei direkten Zitaten erfolgt zusätzlich die Angabe der betreffenden Zeilen des Transkriptes.

4.1.2 Einordnung zur Relevanz von Wissen

Lokales Erfahrungswissen wird als entscheidend für die Verhandlung der Wirklichkeit von Sexarbeit und ‚guter‘ Regulierung von Prostitution verstanden. Die Herstellung von Wissen über das Tätigkeitsfeld Prostitution bezieht sich hier vor allem auf lokale Gegebenheiten und wird etwa als Erfahrung aus der beratenden Tätigkeit einer Institution eingebracht. Von Bedeutung sind u. a. die jeweils vorherrschenden Formen von Sexarbeit, lokale Regulierungen sowie die Ausgestaltung der Regulierung in angrenzenden Ländern und damit einhergehende Besonderheiten (KB5). Das in einem lokalen Kontext angeeignete Wissen bildet den Ausgangspunkt für die eigene Haltung zu Sexarbeit und deren Regulierung und wird als politisch relevant eingeordnet. Dies gilt nicht nur für lokale Akteur*innen, sondern insbesondere auch für die befragten Bundespolitiker*innen (BP2, BP4, BP6), unabhängig von ihrer inhaltlichen Haltung etwa zum Ausbau der Regulierung von Prostitution. So wird mit Bezug auf lokales Erfahrungswissen („mein Gesundheitsamt hat mir gesagt“) auf der einen Seite die gesundheitliche Situation von Sexarbeitenden in Deutschland als „grausam“ eingestuft:

„Wenn keine wirklich versichert sind oder verschwindend gering – mein Gesundheitsamt hat mir gesagt: Grausame Situation, wenn die dann tatsächlich einmal vorstellig werden und sich untersuchen lassen. Solche Situationen von Prostituierten in Deutschland sind grausam, hat man mir gesagt.“ (BP5: 267 ff.)

Auf der anderen Seite findet sich beispielsweise mit Verweis auf lokale Sicherheitskräfte eine Ablehnung einer Kriminalisierung der Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen:

„Ich habe auch noch vor Kurzem die Polizei hier sitzen gehabt aus Berlin, die mir dann eben auch das ein oder andere berichtet. Ich habe mit den Leuten, jetzt mag es sein, dass ich da einen sehr für manch einen eingeschränkten Blick habe, aber ich habe nicht einen gehört, der mir gesagt habe, er möchte das nordische Modell, das heißt Freierbestrafung.“ (BP3: 323 ff.)

Verwiesen wird hier – mit unterschiedlichen Deutungen hinsichtlich Sexarbeit bzw. deren ‚guter‘ Regulierung – auf einen lokalen Austausch mit Gesundheitsamt und Polizei. Da gesichertes, d. h. allgemein anerkanntes Wissen zu Sexarbeit in den Interviews übergreifend als wenig verfügbar hergestellt wird, greifen Akteur*innen vor allem auf lokales Wissen zurück, um ihre Deutungen zu legitimieren. Zentral ist für die Einordnung der eigenen Positionierung als politisch zugleich die Betonung der eigenen Differenziertheit. So beschreibt sich etwa KB5 als

„von Anfang an eine Fachberatungsstelle, die ... politisch aktiv war. Die Stellung bezogen hat, die nach wie vor Stellung bezieht (schmunzelt), und damit einfach auch versucht, Sprachrohr zu sein für sicher nicht ALLE Sexarbeiterinnen, aber zumindest einen großen

Teil davon, auf die Vielfalt auch immer wieder hinzuweisen und wegzugehen von einem Schwarz-Weiß-Denken in dem Bereich.“¹⁴ (KB5: 53 ff.)

Eine solche Polarisierung des Wissens, wie sie hier mit dem Begriff des „Schwarz-Weiß-Denken“ bezeichnet wird, findet – auch wenn sie in den Argumentationen der Interviews oftmals reproduziert wird – zugleich übergreifend im Rahmen der Wissenspolitik der Politisierung wenig Zustimmung. So konstatiert BP5: „das spitzt sich ja immer jetzt auf nordisch und nicht-nordisch zu“ (120 f.). Hier wird also von einer Reduktion der geführten Diskussionen auf die Zustimmung zur Einführung einer Kriminalisierung der Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen oder aber deren Ablehnung festgestellt. An anderer Stelle wird die besondere Umkämpftheit der Debatten betont: „Das ist ein ganz, ganz besonderes Thema finde ich, weil es so hart umkämpft ist und weil kaum ein anderes Thema so zwischen Emotionen und ... also auch hin und her schwankt.“ (BP6: 24 f.) Der Hinweis auf die Umkämpftheit des Themas ist eng mit der Betonung von Emotionalität verbunden. Beides zusammen verweist auf das Fehlen von Differenziertheit in Debatten um Sexarbeit und Prostitution und legitimiert eine Forderung, die fast alle Interviewten verinnerlicht zu haben scheinen: Dass in den politischen Debatten weniger Emotionen, Moral und Gegnerschaft, sondern vielmehr Rationalität, Wissen und Austausch eine zentrale Rolle spielen sollte (vgl. auch Löffler/Preiser/Keller 2021).¹⁵

4.1.3 Verortung des eigenen Handelns

Die Narration, dass die Entscheidung, das eigene (lokale) Wissen als politisch zu verstehen und entsprechend zu handeln, sich nicht unbedingt aus eigenem Antrieb, sondern aus der Brisanz des Wissens selbst und den Umständen ergeben habe, ist im Rahmen der Wissenspolitik der Politisierung zentral. So verdeutlicht beispielsweise BP2 mittels unterschiedlicher Praktiken, dass das Thema Sexarbeit ihr*ihm zugetragen wurde. Dies geschieht einerseits auf der inhaltlichen Ebene, indem die befragte Person sagt, dass sie sich mit dem Thema Sexarbeit vor ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit nicht beschäftigt habe. Andererseits schafft sie diesen Eindruck, indem sie ihre Berührung mit dem Thema in Passivkonstruktionen beschreibt: „ist dann auch das Thema Prostitution stärker in meinen Fokus gerückt“ (41 f.), „wurde an mich herangetragen“ (42), „hab ich erfahren“ (49). Ähnlich beschreibt auch BP4, ebenfalls ein*e bundespolitische*r Akteur*in: „Und so bin ich dann immer tiefer reingeschlittert. Und plötzlich hatte ich

14 Vgl. auch BP3: 302 f.: „Und es ist aber so, dass man eben erst mal sich fundiert Wissen holen muss und von allen Seiten“. Hier wird der Anspruch erhoben, dass einer politischen Selbstpositionierung sowohl fundiertes als auch durch eine größtmögliche Bandbreite an beteiligten Akteur*innen abgesichertes Wissen zugrunde liegen sollte.

15 Übergreifend wird in den Interviews deutlich, wie eng Selbstpositionierungen mit Fremdpositionierungen verflochten sind (Brink/Löffler/Keller 2023).

das Thema an der Backe, so“ (31 f.). Dies ist Bestandteil eines Narratives, das auch bei anderen Interviews vorliegt – und auch dies unabhängig von der inhaltlichen Position des*der Interviewpartner*in in Bezug auf das Thema Sexarbeit. Die Perspektive und Expertise der Innenansicht, so das Narrativ, verändern das Bild und die Haltung zum Thema Sexarbeit und deren Regulierung, denn erst dadurch werde klar, welche Missstände bestünden bzw. wie falsch dramatisierende Darstellungen von Sexarbeit seien. Auch von lokalen Beratungsorganisationen wird das politische Handeln auf Basis lokalen Erfahrungswissens als zentral, jedoch nachrangig gegenüber der konkreten Unterstützung von Sexarbeitenden dargestellt:

„Das ist natürlich in erster Linie wirklich die Arbeit mit den Menschen, mit den Frauen selbst, Unterstützungsangebote ..., Beratungsangebote, Hilfsangebote. Aber da gehört genauso natürlich auch die Lobbyarbeit und die politische Arbeit mit dazu.“ (KB5: 50 ff.)

Gleichzeitig wird politisches Handeln an späterer Stelle im Interview als notwendige Konsequenz aus den Erfahrungen im unterstützenden Handeln gekennzeichnet. Die Politisierung der Akteur*innen im Sinne eines Handelns im Rahmen institutionell verankerter (und legitimierter) politischer Aushandlungsprozesse wird damit als notwendige Konsequenz lokal erworbenen Erfahrungswissens gekennzeichnet.

4.2 Wissenspolitik der Entpolitisierung

Die Wissenspolitik der Entpolitisierung beschreibt eine Selbstpositionierung von Akteur*innen als neutral, ausführend und unpolitisch im Sinne eines konventionellen, institutionenbezogenen Politikbegriffs. Sie stellt eine Abgrenzung von der Sprechposition als politische*r Akteur*in dar. Zugleich wird gerade über die eingenommene Positionierung als neutral, unpolitisch und unemotional das von diesen Akteur*innen über Sexarbeit und Regulierung von Prostitution (re)produzierte Wissen in besonderer Weise legitimiert. Wie in dieser Selbstpositionierung die in Abb. 2 aufgezeigten Dimensionen im Detail ausgeprägt sind, stellen wir im Folgenden dar.

4.2.1 Positionierung zu Institution(en)

Die institutionelle Verortung spielt auch im Rahmen einer gewissermaßen neutralen Selbstpositionierung eine entscheidende Rolle bzw. wird durch diese wesentlich konstituiert. Denn über die institutionelle Einbindung der Positionierung wird das eigene Handeln als durch bestehende Vorschriften der Regulierung begrenzt beschrieben:

„Da haben wir also uns auch nichts Neues zu ausgedacht, weil wir uns ja in einem sehr engen Rahmen bewegen, und wir gar nicht gesetzliche Befugnis haben, da jetzt noch größere neue Sachen mit reinzubringen. Wir müssen halt diesen Rahmen einhalten.“ (L3: 680 ff.)

Bestehende Vorschriften, die auf Bundesebene beschlossen und dann für die Landesgesetzgebung und die jeweiligen Verwaltungseinheiten übernommen wurden, werden in diesem Interview mit einer in einem Landesministerium beschäftigten Person als zentrale Orientierung des eigenen Handelns dargestellt. Während die institutionelle Einbindung oftmals als zur Neutralität verpflichtend verstanden wird, finden sich im Rahmen dieser Positionierung durchaus Wertungen, diese werden aber deutlich von der institutionellen Zugehörigkeit getrennt und als persönliche Meinung gekennzeichnet (vgl. auch L8, L5, KZ1, KP4). Hervorgehoben wird letztere teilweise durch einen Wechsel zwischen „wir“ (institutionelle Positionierung) und „ich“ (individuelle Positionierung) (vgl. z. B. KZ1), teilweise wird die Abweichung von der institutionellen Positionierung aber auch expliziter benannt:

„Also Drogenmissbrauch wird auch nicht aufhören, bloß weil man es verboten hat. Und genauso wird es aber sein, dass es auch nicht weniger wird, wenn man es legalisiert. Ich finde, also ganz persönliche Meinung von mir ist natürlich, wenn was mit staatlich geschaffenen Rahmenbedingungen stattfindet und mutmaßlich auch, dort, wo es möglich ist, legal, wird im Grunde auch immer eine gewisse Kontrolle möglich sein.“ (KP3: 573 ff.)

Hier wird eine spezifische Deutung zu ‚guter‘ Regulierung von Prostitution mittels eines Vergleichs konstituiert und als „ganz persönliche Meinung von mir“ gerahmt. Vor dem Hintergrund der Positionierung der befragten Person als neutral und einer damit verbundenen (scheinbaren) Entpolitisierung der vorgenommenen Äußerungen wird die getroffene Aussage in besonderer Weise legitimiert, da sie nicht als aus einem spezifischen politischen Interesse heraus getroffen, sondern als Ableitung aus neutralem lokalen Erfahrungswissen gerahmt wird – und damit eine durchaus politisch relevante Deutung (re)produziert.

4.2.2 Einordnung zur Relevanz von Wissen

Zentrales Element der Legitimation von Wissen ist zudem die Entpolitisierung des eingebrachten (lokalen) Wissens. Als relevantes Wissen beschreiben die Akteur*innen mit dieser Selbstpositionierung zunächst das für ihre Tätigkeit spezifische Fachwissen (z. B. Kenntnisse über Gesetze und Verordnungen, medizinisches Wissen, Kenntnisse lokaler Verwaltungsstrukturen). Lokales Erfahrungswissen über die Wirklichkeit von Sexarbeit wird eher zweitrangig, als sich aus der Tätigkeit heraus ergebend, dargestellt: „das steht jetzt nicht im Gesetz, dass wir das wissen müssen. Aber das sind Informationen von der Klientel, wenn wir die haben, können wir unsere Beratung daraufhin ausrichten“ (L5: 925 ff.). Damit wird das vorhandene und in Aushandlungen hervorgebrachte Wissen als unpolitisch hergestellt. Im Gegensatz zur Wissenspolitik der Politisierung ist lokales Wissen um Sexarbeit hier nicht Ausgangspunkt der (als politisch eingeordneten) Aktivitäten der Befragten, sondern wird eher als ein Ergebnis verwaltungstechnischer Aktivitäten beschrieben und damit einer politischen Aufladung enthoben. Gerade diese

Entpolitisierung ist es aber, die das so eingebrachte lokale Wissen in besonderer Weise als authentisch, da nicht politisch gefärbt, legitimiert.

4.2.3 Verortung des eigenen Handelns

Die neutrale Selbstpositionierung zeichnet sich zudem dadurch aus, dass sie einen möglichen eigenen Handlungsspielraum hinsichtlich der Umsetzung der Regulierung von Prostitution verneint. Die eigene Aktivität wird als rein ausführend gekennzeichnet:

„Weil wir müssen ja, oder wir sind dafür da, die gesetzlichen Vorgaben umzusetzen. Und nur das, was der Gesetzgeber im Prinzip uns vorgibt, das können wir auch umsetzen. Und damit haben wir keinen Handlungsspielraum oder Gestaltungsspielraum.“ (KZ1: 411 ff.)

Die Relevanz von Diskussionen um eine ‚gute‘ Regulierung von Prostitution und damit auch die Wirklichkeit von Sexarbeit wird hier ausschließlich im Bereich institutionalisierter Politik verortet. Die eigene Position hingegen wird als umsetzend charakterisiert. Deutlich wird dies auch durch die Nutzung von Formulierungen wie etwa in dem Interview mit KP3, die*der von der eigenen „Verwendung“ und „stehende[n] Strukturen“ (26 ff.) spricht, sich als „dem Geschäftsverteilungsplan verpflichtet“ (38) sieht und konstatiert: „wir haben da jetzt auch keinen Spielraum“ (65 f.). Die Wissenspolitik der Entpolitisierung findet sich jedoch nicht nur auf der Ebene ausführender Behörden, sondern auch in der Bundespolitik. Hier werden etwa die eigene Position innerhalb einer Fraktion oder Anträge aus dieser – und weniger ein eigenes politisches Anliegen – als Gründe für das eigene Handeln angegeben:

„Und der gesamte Bereich der Sexarbeit oder Prostitution fällt deswegen automatisch in meinen Verantwortungsbereich. Und deswegen habe ich das hier politisch auch bearbeitet. (...) Also schon da bin ich faktisch dazu gezwungen mich damit zu beschäftigen.“ (BP6: 7 ff.)

Mit dieser Positionierung als ausführend und fremdbestimmt geht auch eine Positionierung als ‚nicht moralisch wertend‘ einher:

„Jeder für sich wird das sicher in irgendeiner Form machen, schon moralisch bewerten. Aber ich kann natürlich das, was unser Auftrag ist, nicht davon abhängig machen, wie ich es sehe. Also das ist ja in allen Bereichen so“ (KP3: 461 ff.).

Eine moralische Bewertung wird hier als unpassend in Bezug auf die eigene professionelle Positionierung verstanden und diese damit zugleich als neutral konstituiert. Die Positionierung als neutrale*r Akteur*in wird dadurch verstärkt, dass nicht nur das eigene Erfahrungswissen, sondern auch das eigene Handeln im Rahmen der Regulierung von Prostitution als unpolitisch gedeutet wird. Die Ablehnung einer Sprechposition,

die als politisch einzuordnen ist, kann auch als Reaktion auf den in den Interviews thematisierten Positionierungsdruck aufgrund der Polarisierung der Debatte verstanden werden.

4.3 Wissenspolitik des Abseits

Im Gegensatz zu den anderen beiden Politiken erfolgt im Rahmen der Wissenspolitik des Abseits eine Selbstpositionierung jenseits institutioneller Einbindungen. Der Begriff des Abseits verweist darauf, dass diese Positionierung sich *außerhalb* etablierter Sprechpositionen institutionalisierter Politik bewegt, gleichwohl sie von wichtigen Akteur*innen im diskursiven Feld eingenommen wird. Die Akteur*innen stellen solches Erfahrungswissen als politisch relevant heraus, welches institutionell bisher nicht oder nur unzureichend repräsentiert wird. Hier ist nicht die institutionelle Zugehörigkeit die Ressource, welche die Einnahme einer Sprechposition ermöglicht, sondern die Selbstpositionierung als politische*r Akteur*in und das entsprechende Handeln, welches außerhalb politischer Institutionen neue Möglichkeiten der Auseinandersetzung mit etablierten Wissensbeständen schafft. Die Akteur*innen kennzeichnen ihr Handeln als politisch im Sinne einer Relevanz für konflikthafte, gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und verorten dieses vor allem in digitalen Öffentlichkeiten. Als Personen, die nicht unmittelbar an der Verhandlung staatlicher Regulierung von Prostitution beteiligt, aber dennoch von der Regulierung betroffen sind, wurden die hier vertretenen Akteur*innen erst gegen Ende des Projektes als Personen, die sich ebenfalls aktiv in Aushandlungen um die Regulierung von Prostitution einbringen, interviewt. Grundlage waren dabei Verweise aus vorhergehenden Interviews, denen wir gefolgt sind. So ergab es sich auch, dass hier vor allem Aktivist*innen, Sexarbeitende und Kund*innen zu Wort kamen, die eher dem „Autonomiediskurs“ zugerechnet werden können. Akteur*innen, die sich für eine sehr strikte Regulierung von Prostitution einsetzen oder das Verbot des Erwerbs sexueller Dienstleistungen fordern, sind in dieser Positionierung daher nicht vertreten. Ob und wenn ja durch wen eine Politik des Abseits auch dort eine Rolle spielt, konnten wir im Rahmen des Projektes nicht untersuchen. Im Folgenden zeigen wir demnach die Ausprägungen der zentralen Dimensionen der Selbstpositionierung mit Blick auf die befragten Aktivist*innen, Sexarbeiter*innen und Kund*innen auf.

4.3.1 Positionierung zu Institution(en)

Entscheidend für die Wissenspolitik des Abseits ist, dass Akteur*innen sich zwar als politisch Handelnde, aber (anders als bei der Wissenspolitik der Politisierung) außerhalb von bestehenden Institutionen oder Organisationen positionieren. Sie nehmen also zugleich eine Positionierung als Außenstehende ein, die nicht an fortlaufenden institutionalisierten Aushandlungen zur Wirklichkeit der Sexarbeit und ‚guter‘ Regulierung von

Prostitution beteiligt sind. Beispielsweise führt eine sexarbeitende Person, die ihr politisches Engagement institutionell in einer Sexarbeitendenselbstorganisation verortet hatte, aus:

„Und da hat sich's da eben überlegt: Was können wir denn tun, ohne diesen, in Anführungsstrichen, mächtigen [Sexarbeitendenselbstorganisation] im Rücken, als unabhängige Sexarbeiterinnen, die sich aber weiterhin aktivistisch betätigen wollen.“ (BS3: 63 ff.)

Die Kennzeichnung der Sexarbeitendenselbstorganisation als „mächtig“ und eine damit verbundene Selbstpositionierung außerhalb von dieser rahmt den eigenen Standpunkt als relativ machtfern, im Abseits einflussreicher Institutionen, sowohl im politischen Betrieb als auch in der Selbstorganisation von Sexarbeitenden. Sie legitimiert damit das eingebrachte spezifische Wissen als ein besonderes und in besonderer Weise gültiges, weil es nicht durch die bekannten Oppositionsstrukturen der öffentlichen Auseinandersetzungen geprägt ist. Andererseits wird eine fehlende Institutionalisierung der Positionen im Abseits in den geführten Interviews auch problematisiert, gerade weil damit eine gewisse Machtlosigkeit verbunden wird: „Die Kunden sind irgendwie gar nicht organisiert und ich merke einfach, da ist ein Riesen-Vakuum“ (BK1: 69 f., vgl. auch BK3). Die institutionelle Exklusion oder auch das Nicht-Vorhandensein entsprechender Institutionen wird somit nicht nur als Möglichkeit, sondern zugleich als Herausforderung – gerade in Bezug auf die Durchsetzbarkeit der eigenen Deutungen – thematisiert.

4.3.2 Einordnung zur Relevanz von Wissen

Zentral in dieser Dimension ist die Einbringung von Wissen zum Phänomen Sexarbeit, welches in öffentlichen und institutionellen Debatten nur selten sicht- und hörbar wird. Die aus dem Abseits Sprechenden bewegen sich somit eher an den Rändern bestehender Diskurse und formulieren, was in den etablierten Diskursen angesichts einer langjährig festgezurrten Konfliktstrukturierung nicht sagbar zu sein scheint. Beispiel hierfür ist die Einbringung von meist ungehörten Stimmen in bestehende Debatten:

„Und DA ist auch gerade wieder so ein Umwandlungsprozess, weil wir feststellen, wie sehr viel wichtiger es ist, dass wir mehrfach marginalisierte Menschen, Black People of Colour, People of Colour, queere Menschen usw., nicht deutsche, nicht weiße Menschen da in den Fokus rücken und dort das Wort zu geben.“ (BS3: 75 ff.)

Die eigene politische Aktivität besteht hier weniger in der Einbringung des eigenen Wissens in fortlaufende Aushandlungen, als vielmehr in der Bereitstellung eines Artikulationsraumes für marginalisierte Stimmen, die bisher im deutschsprachigen Raum nicht oder nur selten hörbar waren. Ebenso wird im Rahmen dieser Positionierung auch aus der Sexarbeiter*innenbewegung heraus die Präsenz von Zwang und Gewalt in (einigen) Kontexten von Sexarbeit betont: „Und das sind so Sachen, also da reagiere

ich sehr allergisch, wenn Gewalt und Zwangsprostitution geleugnet werden“ (BS4: 22 f.). Besonderes Augenmerk liegt auf Wissensselementen, welche jenseits oder zwischen den beiden als oppositionell verlaufend dargestellten Diskursen verortet werden. Zudem geht es zentral darum, nicht nur das eigene Erfahrungswissen, sondern auch das Wissen von Positionen mit noch weniger Zugang zu öffentlichen Aushandlungen im deutschsprachigen Raum einzubringen. Dazu gehören beispielsweise auch Forderungen von Sexarbeiter*innenbewegungen „aus dem globalen Süden“ (BS4: 441), Migrationspolitik und Sexarbeitspolitik stärker zusammen zu denken.

4.3.3 Verortung des eigenen Handelns

Im Rahmen der Selbstpositionierung als Sprechende aus dem Abseits stellen die Akteur*innen, anknüpfend an ihre eingeschränkten Möglichkeiten des politischen Handelns in institutionellen Kontexten, andere diskursive Arenen als zentral für ihre politischen Aktivitäten heraus als institutionalisierte politisierte Akteur*innen. Eine zentrale Rolle spielen dabei digitale Öffentlichkeiten, da sie weniger Zugangsvoraussetzungen mit sich bringen als klassische Öffentlichkeiten institutionalisierter politischer Aushandlungen rund um das Phänomen Sexarbeit (etwa Anhörungen und Parlamentsdebatten auf unterschiedlichen politischen Ebenen oder massenmediale Öffentlichkeiten):

„(...) und habe dann mir einen eigenen Twitter-Account dafür zugelegt (...). Und habe da mich dann sehr, sehr engagiert im ..., ja, Verbreiten von ... von Informationen über die Sexarbeit, über die Kunden, aber auch die Sexarbeitenden selber.“ (BK1: 49 ff., vgl. auch BK3)

Als bedeutsam erscheint hier vor dem Hintergrund anhaltender Stigmatisierungen die Möglichkeit, sich in digitalen Öffentlichkeiten anonym zu engagieren und das eigene Wissen dort weitreichend zu verbreiten, ohne sich als Sexarbeiter*in oder Kund*in outen zu müssen (BK1). Gleichzeitig werden digitale Öffentlichkeiten als Chance begriffen, sich trotz fehlender Institutionalisierung untereinander zu vernetzen und sich gemeinsam in bestehenden Aushandlungen um die Wirklichkeit von Sexarbeit zu positionieren (BK2). Insbesondere die Vernetzung zwischen Unterstützenden und Sexarbeitenden wird hervorgehoben, wodurch eine besondere Nähe zu den Betroffenen betont wird.

5 Fazit

Der vorliegende Beitrag nimmt drei typische Formen von Selbstpositionierungen in der als sehr polarisiert eingeordneten Debatte um Sexarbeit und deren Regulierung und damit verbundene Strategien der Legitimation eingebrachten Wissens in den Blick. Er

stellt damit auch einen Versuch dar, Positionierungen in diesen Diskussionen jenseits der inhaltlichen Bezugnahme der Akteur*innen auf den „Autonomie“- oder „Schutzdiskurs“ analytisch zu fassen.

Die Analyse verdeutlicht *erstens*, dass nicht nur solche Akteur*innen, die sich selbst als politisch und damit als Claimsmaker positionieren, in bestehende Wissensverhältnisse zu Sexarbeit und der Regulierung von Prostitution intervenieren. Gerade Selbstpositionierungen als unpolitisch und neutral konstituieren relevante Standpunkte der Einbringung, Legitimation und Durchsetzung spezifischer Deutungen zu einem Phänomen (hier: Sexarbeit), indem sie die eingebrachten spezifischen Deutungen zur Regulierung von Sexarbeit in besonderer Weise als authentisch und sachangemessen bzw. sachlich informiert und orientiert – da nicht politisch oder institutionell geprägt – legitimieren.

Die eingenommenen Formen der Selbstpositionierung hängen *zweitens* nicht mit der Ebene der politischen Bearbeitung des Phänomens (Bund, Land, Kommune) oder der konkreten institutionell-organisatorischen Funktion zusammen, die Akteur*innen ausüben. Es finden sich ebenso Akteur*innen aus der Bundespolitik, die eine entpolitisierte Selbstpositionierung einnehmen, wie lokale Akteur*innen, die sich als politisch positionieren. Zusammenhänge zeigen sich hier mit der Positionierung der Institution, in der Akteur*innen sich verorten. Politische Deutungsarbeit rund um das Thema Sexarbeit und deren (staatlicher) Regulierung erfolgt somit zentral auch von unten, d.h. durch Akteur*innen, die mit der Umsetzung staatlicher Regulierung von Prostitution betraut sind. Lokales Erfahrungs- und praktisches Handlungswissen nehmen auf allen Ebenen der Regulierung eine herausgehobene Stellung ein und füllen – zumindest im hier behandelten Fall – die allseitig in öffentlichen bzw. politischen Problematisierungsprozessen ansonsten konstatierten Wissensdefizite.

Drittens verweisen alle hier diskutierten Selbstpositionierungen auf eine Distanzierung der interviewten Akteur*innen von der Polarisierung der Debatten um Sexarbeit und ihre Regulierung. Im Rahmen der institutionalisierten politischen Aushandlung problematisieren auf der einen Seite Akteur*innen der politisierten Selbstpositionierung eine emotionale Involviertheit und beschreiben ihr politisches Handeln aufgrund bestehenden Wissens als notwendig und unumgänglich. Auf der anderen Seite entziehen sich Akteur*innen durch eine entpolitisierte Selbstpositionierung dem Druck der inhaltlichen Positionierung in den Debatten. Eine andere Absetzungsbewegung zu der geläufigen binären Strukturierung des diskursiven Konfliktfeldes zeigt sich in der distanzierten Wissenspolitik des Abseits. Die Selbstpositionierung erfolgt hier als (durchaus auch emotional) politisch involviert, jedoch inhaltlich meist jenseits der üblichen Gegnerschaften. Um politisch-diskursive Aushandlungen auch abseits institutionell etablierter Sprechpositionen voranzutreiben und insbesondere um sie zu verändern, werden die entsprechenden Artikulationen vor allem in digitale Räume verlagert – so wird die Not zur Tugend.

Gerade aus der *Positionierung im Abseits* erfolgt so eine Arbeit an den Rändern von Diskursen, die etablierte Deutungen befragt, sie neu zueinander in Beziehung setzt, verschiebt und vor allem durch Wissensbestände anreichert, die in der Lage sein kön-

nen, eine neue Feldkonfiguration der Auseinandersetzungen anzuregen und hervorzu-
bringen. Die Fokussierung von Forschungsprojekten auf solche weniger privilegierten
Positionierungen und Wissenspolitiken im Kontext der gesellschaftlichen Verhandlung
sozialer Probleme erscheint damit sowohl hinsichtlich der Rekonstruktion bisher ver-
nachlässigter Strategien von Claimsmaking als auch hinsichtlich der Analyse von Pro-
zessen einer Verschiebung etablierter inhaltlicher Deutungen sehr aussichtsreich.

Literatur

- Best, Joel (2018): *American nightmares. Social problems in an anxious world.* Oakland California.
- Brink, Lina/Löffler, Marlen S./Keller, Reiner (2023): *Wissenspolitiken in der gegenwärtigen Regulie-
rung der Prostitution in Deutschland.* Wiesbaden.
- Davis, Kingsley (1937): *The Sociology of Prostitution*, in: *American Sociological Review* 2, 744–755,
<https://www.jstor.org/stable/2083827> [26. 05. 2023].
- Deutscher Bundestag (2016): Entwurf eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes so-
wie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen, [http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/
o85/18o8556.pdf](http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/o85/18o8556.pdf) [26. 05. 2023].
- Dolinsek, Sonja (2019): Regulieren, abschaffen, maßregeln. Historische Perspektiven auf den staatli-
chen Umgang mit Prostitution, in: Teichert, Georg (Hg.): *Das Prostituiertenschutzgesetz. Imple-
mentierung – Problematisierung – Sensibilisierung*, Leipzig, 11–54.
- Fixemer, Tom/Hucke, Verena (2022): Queere Geflüchtete und die Diskursivierung des ‚Anderen‘ in
Debatten um Sexarbeit, ‚Willkommenskultur‘ und Schutz, in: *GENDER – Zeitschrift für Ge-
schlecht, Kultur und Gesellschaft* 14, 41–54.
- Gilges, Giovanna/Hofstetter, Joana Lili (2020): Sexarbeit und Corona: Die Pandemie als Druckmittel
der Verdrängung, www.gender-blog.de/beitrag/sexarbeit-corona/ [26. 05. 2023].
- Grenz, Sabine (2006): Prostitution, eine Verhinderung oder Ermöglichung sexueller Gewalt? Span-
nungen in kulturellen Konstruktionen von männlicher und weiblicher Sexualität, in: Grenz,
Sabine/Lücke, Martin (Hg.): *Verhandlungen im Zwielicht. Momente der Prostitution in Ge-
schichte und Gegenwart*, Bielefeld, 319–342.
- Grenz, Sabine (2007): *(Un)heimliche Lust. Über den Konsum sexueller Dienstleistungen.* 2. Aufl.
Wiesbaden.
- Grenz, Sabine/Lücke, Martin (Hg.) (2006): *Verhandlungen im Zwielicht. Momente der Prostitution in
Geschichte und Gegenwart.* Bielefeld.
- Groenemeyer, Axel (2010): *Doing Social Problems – Doing Social Control. Mikroanalysen der Kon-
struktion sozialer Probleme in institutionellen Kontexten – Ein Forschungsprogramm*, in:
Groenemeyer, Axel (Hg.): *Doing Social Problems. Mikroanalysen der Konstruktion sozialer Pro-
bleme und sozialer Kontrolle in institutionellen Kontexten*, Wiesbaden, 13–56.
- Grohs, Stephan (2020): *Contested boundaries: The moralization and politicization of prostitution in
German cities*, in: *European Urban and Regional Studies* 27, 156–170.
- Heying, Mareen (2019): *Huren in Bewegung. Kämpfe von Sexarbeiterinnen in Deutschland und Ita-
lien, 1980 bis 2001.* Essen.
- Hill, Elisabeth/Bibbert, Mark (2019): *Zur Regulierung der Prostitution. Eine diskursanalytische Be-
trachtung des Prostituiertenschutzgesetzes.* Wiesbaden.
- Hofstetter, Joana Lilli (2022): *Gegen das Gefühl der Ohnmacht – politische Selbstorganisation von
Sexarbeitenden im Kontext des Prostituiertenschutzgesetzes*, in: *GENDER – Zeitschrift für Ge-
schlecht, Kultur und Gesellschaft* 14, 26–40.
- Jahnsen, Synnøve Økland/Wagenaar, Hendrik (Hg.) (2019): *Assessing prostitution policies in Europe.*
London.

- Keller, Reiner (2011a): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. 4. Aufl. Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2011b): Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms. 3. Aufl. Wiesbaden.
- Keller, Reiner (2012): Der menschliche Faktor. Über Akteur(inn)en, Sprecher(inn)en, Subjektpositionen, Subjektivierungsweisen in der Wissenssoziologischen Diskursanalyse, in: Keller, Reiner/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.): Diskurs – Macht – Subjekt. Theorie und Empirie von Subjektivierung in der Diskursforschung, Wiesbaden, 69–107.
- Keller, Reiner (2016): Wissenspolitiken in der gegenwärtigen Regulierung der Prostitution in Deutschland. DFG Projektantrag. Augsburg: Universität Augsburg.
- Keller, Reiner/Poferl, Angelika (2020): Soziale Probleme. Wissenssoziologische Überlegungen, in: Soziale Probleme 31, 141–163.
- Kontos, Silvia (2014): Alte und neue Polarisierungen. Zur aktuellen Kontroverse über die Prostitution, in: Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung 32, 185–200.
- Künkel, Jenny (2020): Sex, Drugs & Control. Das Regieren von Sexarbeit in der neoliberalen Stadt. Münster.
- Küppers, Carolin (2018): Gefährlich oder gefährdet? Diskurse über Sexarbeit zur Fußball-Weltmeisterschaft der Männer in Südafrika. Wiesbaden.
- Langford, Malcom/Skilbrei, May-Len (2021): Branding the Nordic model of prostitution policy, in: Byrkjeflot, Haldor/Mjøset, Lars/Mordhorst, Mads/Petersen, Klaus (Hg.): The making and circulation of Nordic models, ideals and images, London, 165–191.
- Leigh, Carol (1997): Inventing Sex Work, in: Nagle, Jill (Hg.): Whores and other feminists. New York, 225–231.
- Löffler, Marlen S./Preiser, Christine/Keller, Reiner (2021): Zwischen Problematisierung und Normalisierung. Emotion und Moral im Gesetzgebungsprozess der Neu/Regulierung von Prostitution in Deutschland, in: Zeitschrift für Diskursforschung 9, 77–102.
- Löw, Martina/Ruhne, Renate (2011): Prostitution. Herstellungsweisen einer anderen Welt. Berlin.
- Mac, Juno/Smith, Molly (2018): Revolting Prostitutes. The Fight for Sex Workers' Rights. London/New York.
- Mauer, Heike (2020): Intersektional regieren. Die Regulierung von Prostitution und Sexarbeit, in: Biele Mefebu, Astrid/Bührmann, Andrea D./Grenz, Sabine (Hg.): Handbuch Intersektionalitätsforschung, Wiesbaden, 1–14.
- Miller, Gale/Holstein, James (1993): Constructionist Controversies. Issues in Social Problems Theory. Somerset.
- Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a. M.
- Sanders, Teela/O'Neill, Maggie/Pitcher, Jane (2018): Prostitution. Sex Work, Policy and Politics. Los Angeles et al.
- Sauer, Birgit (2019): Mobilizing shame and disgust: abolitionist affective frames in Austrian and German anti-sex-work movements, in: Journal of Political Power 12, 318–338.
- Schetsche, Michael (2014): Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. 2. Aufl. Wiesbaden.
- Steffan, Elfriede (2020): Regulierung der Prostitution in Deutschland seit den 1980er-Jahren: Ein Schritt vor und zwei Schritte zurück?, in: Zeitschrift für Sexualforschung 33, 214–220.
- Vorheyer, Claudia (2010): Prostitution und Menschenhandel als Verwaltungsproblem. Eine qualitative Untersuchung über den beruflichen Habitus. Bielefeld.
- Wagenaar, Hendrik/Altink, Sietske/Amesberger, Helga (2017): Designing Prostitution Policy. Intention and Reality in Regulating the Sex Trade. Bristol/Chicago, IL.

- Ward, Eilis/Wylie, Gillian (Hg.) (2017): *Feminism, Prostitution and the State. The Politics of Neo-Abolitionism*. New York.
- Witzel, Andreas (2000): Das problemzentrierte Interview, in: *Forum Qualitative Sozialforschung* 1, 1–9.

Dr. Lina Brink, Fachbereich Soziale Arbeit, Gesundheit, Medien (SGM), Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Marlen S. Löffler, Institut für Angewandte Forschung (IAF), Evangelische Hochschule Ludwigsburg

Prof. Dr. Reiner Keller, Soziologie, Universität Augsburg

Kommunikation: lina.brink@h2.de